

2005 rief die Uno das internationale Jahr des Mikrokredits aus. Ein Jahr später erhielt Muhammad Yunus, ein Ökonom aus Bangladesch und Pionier der Mikrokreditfinanzierung, den Friedensnobelpreis. Das Wundermittel zur Armutsbekämpfung schien gefunden. Doch mittlerweile ist es stiller geworden um die Mikrokredite – während der entsprechende Markt auf sechzig Milliarden US-Dollar angewachsen ist. Die WOZ hat sich in Moldawien und Nicaragua, zwei Ländern, in denen das Mikrokreditwesen von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist, umgesehen und gefragt, was Mikrokredite tatsächlich bewirken können.

OIKOCREDIT Die Finanzvermittlerin organisiert im reichen Westen Geld, um in ärmeren Ländern Mikrokredite zu ermöglichen. Ein Besuch bei Oikocredit Moldawien, wo mit den Darlehen Landmaschinen gekauft und Tomatensetzlinge gezogen werden.

Mikrokredite – Hilfe auf Augenhöhe

Von Susan Boos, Chisinau
(Text und Fotos)

Moldawien hat eine Armee, aber keine Panzer. Moldawien ist ein friedliches Land, was nicht selbstverständlich ist. Denn das meiste, was der früheren Sowjetrepublik ein bisschen Reichtum bringen könnte, liegt in Transnistrien, ennet dem Dnjester. Dort leben die RussInnen, dort sind die Kraftwerke und die Fabriken, dort ist noch Sowjetunion, sagen die MoldawierInnen. Vor knapp zwanzig Jahren hat sich Transnistrien von Moldawien losgesagt, es gab einen kurzen Krieg und Tote.

Moldawien ist der fruchtbare Boden geblieben. Als es die Sowjetunion noch gab, machten Äpfel und Wein das Land reich – doch heute gilt es als das ärmste Europas.

Der Bahnhof von Chisinau empfängt gepflegt. Eduard Lungu wartet, ein Mann Mitte dreissig, freundlich reserviert, weisses Hemd, graue Hose. Er wundert sich, dass jemand mit dem Zug nach Moldawien fährt. Das dauert mehr als zwei Tage, ein Flugzeug schafft die Strecke in zwei Stunden.

Zins bis 24 Prozent

Lungu ist der Chef von Oikocredit Moldawien. Die Genossenschaft wurde vor über dreissig Jahren in den Niederlanden gegründet, ist aber auch in der Schweiz aktiv (vgl. «Oikocredit in der Schweiz») und versteht sich als Finanzvermittlerin. Konkret organisiert Oikocredit im reichen Westen Geld und verleiht es in Form von Mikrokrediten an die Armen in Lateinamerika, Afrika und eben auch Moldawien. Dieses Geschäft hatte vor wenigen Jahren noch einen tollen Ruf, doch inzwischen ist der Glanz weg, weil auch Kleinstkredite in die Schuldenfalle führen können. Oikocredit will es besser machen – und um



«Es ist toll, ein eigenes Geschäft zu haben»: Die Tomatenbäuerin Galina Gori hat von Oikocredit 20000 Lei erhalten, die sie in Gewächshäuser investiert.

zu zeigen, wie das geht, hat es einige JournalistInnen aus Österreich und der Schweiz nach Moldawien eingeladen.

Am Abend in der Hotellobby bietet Günter Lenhart eine Kurzeinführung ins Mikrokreditgeschäft. Lenhart sitzt im Vorstand von Oikocredit Österreich. Ursprünglich war er Agronom, wechselte später ins Erdölgeschäft und baute in Osteuropa Tankstellennetze auf. Der Marketingprofi arbeitet seit seiner Pensionierung ehrenamtlich und sagt, ihm gefalle die Idee von Oikocredit, weil es keine Entwicklungshilfe sei. Da verkehre man mit den Leuten auf Augenhöhe, die wüssten doch selbst am besten, was man tun müsse – reine Hilfe mache nur abhängig.

Im Werbeflyer von Oikocredit heisst es: «Durch Ihre Geldanlagen können Menschen den Sprung aus der Armut schaffen!» Wer sein Geld bei der Genossenschaft anlegt, erhält zwei Prozent Zins, mehr als bei uns jedes Sparkonto hergibt.

Eduard Lungu liefert die Daten für Oikocredit Moldawien: Die ersten Mikrokredite wurden 2006 vergeben. Er, Lungu, ist Landesmanager und hat einen Mitarbeiter. Sie arbeiten mit lokalen Mikrokreditunternehmen zusammen, die in den Dörfern aktiv sind. Grössere Kredite betreuen Lungu und sein Mitarbeiter selber; sie schreiben Anträge an den Hauptsitz, wo letztlich alle Kredite abgesegnet werden. Zurzeit sind in Moldawien Kredite in der Höhe von über drei Millionen Euro ausstehend. Wer einen Mikrokredit bezieht, zahlt einen Zins von 20 bis 24 Prozent. Das sei viel, aber der übliche Zinssatz hier. Jede Bank verlange so viel, sofern sie überhaupt einen Kredit gewähre, sagt Lungu.

Günter Lenhart rechnet vor, wie der Zinssatz zustande kommt: Die AnlegerInnen bekämen zwei Prozent, 2,5 bis 3 Prozent müsse man für die Verwaltungs-

kosten rechnen, ein Prozent, um die Risiken abzudecken, ein Prozent für die Wechselkurschwankungen, da knapp die Hälfte der Kredite in lokalen Währungen vergeben würde. Dann kommen noch Kosten der lokalen Mikrofinanzinstitute hinzu – am Ende liegt der Zinssatz dann eben bei über zwanzig Prozent. Reich würde damit niemand, versichert Lenhart. Man glaubt ihm, weil er ein netter Mensch ist – aber trotzdem: Wer wagt bei solchen Zinssätzen ein Geschäft zu starten?

Sie würden die Leute intensiv beraten, sagt Eduard Lungu. Wenn ein Projekt keine Chance habe, zu gedeihen, gebe es auch kein Geld. Falls jemand in Zahlungsschwierigkeiten gerate, versuchten sie, gemeinsam einen Ausweg zu finden, und würden nicht gleich die Betreibung einleiten. Bis heute seien alle Darlehen, die Oikocredit in Moldawien vergeben habe, zurückbezahlt worden.

Ein gelbes Ungetüm

Oben im Norden, nahe der ukrainischen Grenze, liegt Niorcani. Gheroghe Bodin ist im Dorf ein wichtiger Mann. Der breitschultrige 62-Jährige wirkt weltgewandt und vernügte. Zusammen mit Kollegen gründete er Ende der neunziger Jahre die Kooperative Sagetatorul APC. Damals wurden die kollektiven Farmen aufgelöst und das Land privatisiert. Die Erwachsenen im Dorf erhielten zwei Hektaren. Die wenigsten wussten, was sie damit anfangen sollten. Bodin und seine Kollegen boten an, das Land zu pachten. Heute verfügen sie über 450 Hektaren, produzieren Getreide, Äpfel, Pflaumen und schwarze Johannisbeeren.

Bei Oikocredit hat die Kooperative einen Kredit von über 100 000 Franken erhalten, um unter anderem Maschinen zu kaufen. Eine davon steht am Dorfrand in einem Hangar. Ein gelbes Ungetüm, das schwarze Johannisbeeren pflücken kann. Bodin spricht kein Englisch – deshalb hat



Auf der Kooperative Sagetatorul: Die Genossenschaft produziert auf 450 Hektaren Getreide, Äpfel, Pflaumen und schwarze Johannisbeeren.

Eduard Lungu die gebrauchte Maschine für ihn in Britannien aufgetrieben und die Zollformalitäten abgewickelt. Ohne Oikocredit hätte das Gefährt nie den Weg nach Niorcani gefunden.

Hinten auf den Hügeln blühen in unscheinbarem Grün die Johannisbeeren. Ein endloses Feld. Im nächsten Jahr will die Genossenschaft ausbauen, denn sonst baut noch kaum jemand Beeren an. Lungu sagt, es werde viel importiert, sogar Äpfel und Fruchtsäfte, vor allem aus der Ukraine, weil sie dort noch billiger produzierten. Hunderte von Tonnen der eigenen Äpfel seien im letzten Jahr verrottet: «Wir haben ein Marketingproblem.



Eduard Lungu.

Wir haben zum Beispiel keine Kühllhäuser, um die Äpfel zu lagern. Die Bauern müssen ihr Obst frisch verkaufen, wenn die Preise am tiefsten sind.»

Auch wer Getreide importiert, was absurd sei: «Wir müssten unseren Markt schützen», sagt Lungu, «damit die Bauern ihre Ernte mindestens hier verkaufen können.»

Als das Sowjetreich noch ein Markt war, ging es Moldawien gut. Das Land produzierte zwei Millionen Tonnen Getreide, heute sind es noch 100 000 Tonnen.

In Gura Bicului südlich von Chisinau gibt es eine kleine Dorfgenossenschaft, die Kredite vergibt und ihrerseits Geld von Oikocredit bezieht. Die Leute im Dorf erhalten im Durchschnitt 5000 Lei, zirka 450 Franken, bei einer Laufzeit von drei Jahren und einem Zins von 25 Prozent. Galina Gori, die Tomatenbäuerin, hat sogar ein Darlehen von 20 000 Lei aufgenommen. Sie investiert in Gewächshäuser, in denen sie Setzlinge zieht. Die Pflänzchen spriessen dicht und sattgrün. Im Frühjahr ist sie jede Nacht mehrmals aufgestanden und

hat in den Öfen in den Gewächshäusern Holz nachgelegt, um die Kälte zu vertreiben, damit die Setzlinge nicht erfrieren. Resolut und fröhlich sagt sie, es sei toll, ein eigenes Geschäft zu haben. Von ihrem Mann ist sie geschieden, jetzt sei sie unabhängig. Ihren Händen sieht man die harte Arbeit an.

Bis jetzt habe sie die Darlehen immer rechtzeitig zurückzahlen können, sagt sie stolz. Der Zinssatz sei zwar hoch, aber keine Bank hätte ihr überhaupt einen Kredit gewährt, deshalb sei sie froh, dass es die dörfliche Kreditgenossenschaft gebe. Vor allem Frauen würden bei ihnen Kredite aufnehmen, meint später der Chef der Genossenschaft und fügt hinzu: «Sie sind aktiver und disziplinierter, wenn es ums Zurückzahlen geht.»

Das kapitalistische Dilemma

Die Oikocredit-Gelder fliessen oft in Landwirtschaftsprojekte, aber zum Beispiel auch in ein Taxiunternehmen oder einen kleinen Betrieb, der Baumaterialien produziert. «Im Moment haben wir nicht zu wenig Geld, um Darlehen zu

vergeben – es ist eher schwierig, gute Projektpartner zu finden», sagt Lungu nachdenklich. Viele der kleinen Unternehmen würden die Finanzkrise spüren und kämpften ums Überleben.

In diesem Land ist der freie Markt noch ein junges Gebilde. Alle, denen die kapitalistische Logik fremd ist, sollten sich von Mikrokrediten fernhalten – sonst stürzen sie ins Unglück.

Es ist ein Verdienst von Oikocredit, dass sie dies zu verhindern suchen. Trotzdem bleibt eine Frage: Machen Mikrokredite wirklich die Ärmsten der Armen frei – oder einfach die kapitalistischen Dilemma unter den Armen reicher? Das Dilemma ist systemimmanent. Ein Zinssatz von über zwanzig Prozent nötigt zu Wachstum, zu einem höheren Energieeinsatz – was selten nachhaltig ist.

Doch für die Leute in Moldawien ist dies eine abstrakte Debatte. Sie wurden in den Kapitalismus katapultiert und brauchen jetzt Mittel, um darin nicht unterzugehen. Da ist es angenehmer, von Oikocredit als von einer renditehungerigen Bank abhängig zu sein. ◊

KLEINKREDITE Wenn Kreditzinsen bloss in den Norden abfliessen, können Mikrokredite dem Süden schaden. Entwicklungspolitisch braucht es zumindest ein integriertes Mikrofinanzwesen.

«Das ist keine Wunderwaffe»

Interview: Jan Jirát

OIKOCREDIT IN DER SCHWEIZ

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat 1975 Oikocredit gegründet, um ethisch vertretbare Anlagen zu ermöglichen und die Entwicklung in armen Ländern zu fördern. Wer bei Oikocredit Geld anlegen möchte, wird Mitglied bei der Genossenschaft und kann Anteilsscheine zeichnen – die Mindesteinlage beträgt 200 Euro. Die AnlegerInnen sind in Fördervereinen organisiert und können bei der Anlagestrategie mitbestimmen.

Oikocredit unterstützt Partner in über fünfzig Ländern. Die Projekte müssen gewisse soziale und ökologische Kriterien erfüllen, um ein Darlehen zugesprochen zu erhalten – zum Beispiel Förderung biologischer Landwirtschaft, was aber in Moldawien noch kaum ein Thema ist (vgl. Haupttext). Weltweit stellen 35 000 private und 600 institutionelle AnlegerInnen ein Kapital von über 400 Millionen Euro zur Verfügung. In der Schweiz hat Oikocredit rund 1400 Mitglieder, die über zwanzig Millionen Euro angelegt haben.

www.oikocredit.ch

WOZ: Auf dem Werbeflyer des Mikrofinanzvermittlers Oikocredit heisst es: «Durch Ihre Geldanlage können Menschen den Sprung aus der Armut schaffen» (vgl. Text oben). Sind Mikrokredite ein Allheilmittel der Armutsbekämpfung?

Bruno Stöckli: Kleinkredite können wirksam sein, sind aber keine Wunderwaffen. Erstens brauchen auch arme Bevölkerungsgruppen neben Krediten zusätzliche Finanzdienstleistungen wie Versicherungen und Sparmöglichkeiten, um aus der Armut herauszufinden. Zweitens sind die gewährten Kredite bekanntlich keine Geschenke; die Investitionen müssen mehr Ertrag abwerfen als der Zins. Entwicklungspolitisch setzen wir darum beim sogenannten integrierten Mikrofinanzwesen an, das Kredite anbietet, aber die Kunden auch bei der Umsetzung ihrer Geschäfte unterstützt.

Ein Kredit kann auch für Konsumausgaben eingesetzt werden, wodurch eine verzinste Rückzahlung nicht mehr möglich ist, ohne einen neuen Kredit aufzunehmen. Wie kann das verhindert werden?

Kein Kreditinstitut und kein Kreditprogramm können verhindern, dass die KreditnehmerInnen den Konsum vor die Investition stellen. Aber es können

Anreize für produktive Investitionen geschaffen werden. Dazu gehören die angesprochenen Unterstützungen für die Geschäftsaktivitäten wie auch ein angepasstes Angebot an Finanzdienstleistungen. Nehmen wir das Beispiel einer Baumwollbäuerin in Afrika. Ein Kredit sollte zu dem Zeitpunkt erteilt werden,



Bruno Stöckli.

wenn sie ihre Felder bestellt, und zwar möglichst genau jenen Betrag umfassend, der für Dünger und Saatgut erforderlich ist. Wenn im Laufe des Jahres der finanzielle Ertrag eintrifft, dann braucht sie entsprechende Sparmöglichkeiten, um das Geld vor Inflation und Mottenfrass zu schützen. Aus der Praxis wissen wir nämlich, dass ein enormes Sparvolumen im Süden nicht in Finanzinstituten lagert, sondern unter Matratzen oder in Form von schnell veräusserbaren Gütern. Das ist für die Sparer wie auch volkswirtschaftlich alles andere als ideal.

Der Mikrokreditmarkt erreicht weltweit ein Volumen von sechzig Milliarden US-Dollar. Besteht dabei nicht die Gefahr, dass vor allem Geld aus dem Norden in die lokalen Märkte gepumpt wird? Und dieses Geld, um die Zinsen angereichert, irgendwann in den Norden zurückfliesst?

Diese Frage hat eine strukturelle und eine makroökonomische Dimension. Zur strukturellen: Damit Geld nicht abfliesst, sondern vor Ort zirkulieren kann, muss ein flächendeckendes Netz an inländischen Finanzinstituten bestehen, das nicht nur die dünnen Oberschichten in den Zentren bedient. Und zwar ungeachtet dessen, ob darin ausländisches oder einheimisches Geld zirkuliert. Die Makroökonomien sagen aber auch: Wirtschaftliches Wachstum und interne Sparraten sind sehr eng miteinander verknüpft. Wenn billiges Auslandskapital die interne Ersparnisbildung substituiert, kann das Folgen für das Wachstum haben: Die heimischen Ressourcen lie-se brach, um den Preis von desaströsen Verschuldungsspiralen und Nettokapitalabfluss.

Ein weiterer Kritikpunkt an Mikrokrediten sind die Zweifel, ob sie wirklich den Ärmsten zugutekommen und nicht bloss den Reichen unter den Armen, die so in die Mittelschicht aufsteigen.

Das ist tatsächlich die Krux an der Geschichte. Die Lösung liegt bei den dezentralen Kleinbanken, die den Betroffenen gehören, wie das früher bei unseren Raiffeisenbanken der Fall war. Wir müssen nur vorsichtig sein, dass wir diese Strukturen nicht überfordern und sie als «Kreditdurchlaufsysteme» im grossen Stil missbrauchen. Bittere Erfahrungen haben gezeigt, dass dies für die Kleinbanken oft nicht gut geht.

Inwieweit ist es sinnvoll, Entwicklungsgelder in das Mikrofinanzwesen zu investieren? Sollte man dies nicht privaten Akteuren überlassen?

Der Aufbau eines flächendeckenden, dezentralen Mikrofinanzwesens geht nicht von heute auf morgen. Will eine Dorf- oder Quartierbank überleben, so ist Know-how im Mikrobanking gefragt, und das kostet. Da dies nicht über Kredite finanziert werden kann, überlassen die Banken und Investoren diese Aufbauarbeit der Entwicklungshilfe. Die Banken und «soziale Investoren» betreten die Szene erst, wenn das Mikrofinanzinstitut über längere Zeit schwarze Zahlen schreibt und die Investoren ihre Kreditlinien sicher platzieren können. Der rein private Ansatz ist also keine valable Option.

BRUNO STÖCKLI arbeitet für die Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud zu den Themen «Verschuldung» und «Zivilgesellschaftliche Partizipation».

NICARAGUA Der Mikrofinanzmarkt, in den letzten Jahren massiv ausgebaut, steckt in der Krise. Warum mischt jetzt auch die Ortega-Regierung mit?

Wildwuchs und Willkür

Von Franziska Engelhardt, Managua

In Nicaragua sind rund zehn Prozent der fünf Millionen EinwohnerInnen von einem Mikrokredit abhängig. Der dortige Mikrofinanzmarkt, von dem vorwiegend arme Leute in ländlichen Regionen profitieren, ist mit einem Volumen von 550 Millionen US-Dollar der grösste in ganz Zentralamerika – noch.

Denn das Marktvolumen ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um hundert Millionen US-Dollar geschrumpft. Über 150 000 Kreditsuchende erhielten kein Geld mehr. Und dieses Jahr könnte sich diese Situation weiter verschärfen, da Nicaraguas Mikrofinanzinstitute von ausländischen Investoren die Meldung erhalten haben, dass geplante Kredite zurückgezogen werden.

Dieser Markteinbruch hat sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe. Noch 2003 gab es in Nicaragua erst 150 000 MikrokreditkündInnen. In den Jahren danach explodierte dieser Markt regelrecht. Besonders Finanzinstitute aus Europa und den USA investierten grosszügig in einheimische Fonds; es entstand ein Wildwuchs. «Viele Leute konnten zu günstigen Konditionen Mikrokredite aufnehmen, und dies nicht nur bei einem Institut. Es gab kaum Kontrolle darüber, wer wo bereits einen Kredit aufgenommen hatte», erklärt Peter Bischof, Sektionschef Lateinamerika der

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) der Schweiz.

2007 wurde der überhitzte Markt durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise zusätzlich schwer getroffen. Die Exporte verringerten sich, Bäuerinnen und kleine Produzenten sassen auf ihren Wärgen fest und konnten ihre Zinsen nicht mehr zurückzahlen. «Auch die Verwandten im Ausland konnten ihnen nicht mehr unter die Arme greifen», erläutert René Romero, Präsident der Vereinigung der Mikrofinanzinstitute (Asomif). «Die Rücküberweisungen von gut einer Million Nicaraguenern, die hauptsächlich in den USA und in Costa Rica leben, sind ausgeblieben.»

«Ich zahle nicht»

In der Folge fingen die Mikrofinanzinstitute vor gut zwei Jahren an, SchuldnerInnen vor gut zu stellen und ihre bescheidenen Garantien zu beschlagnahmen: Schweine, Kühe, Autos. «Dies hat die Leute auf die Strasse getrieben», sagt Bischof. Anfang 2008 blockierten Kleinproduzentinnen und Bauern tagelang wichtige Zufahrtsstrassen im Norden des Landes. Für ihre Zahlungsunfähigkeit machten sie insbesondere die hohen Zinsen der Mikrofinanzinstitute verantwortlich, die zwischen 21 und 36 Prozent liegen. Aus diesen Protesten entstand die Bewegung No Pago (Ich zahle nicht).

Nach zwei Jahren hat No Pago mit ihren Protesten erreicht, was sie wollte: Im Februar 2010 einigten sich die Abgeordneten in der Nationalversammlung auf ein Gesetz zur Neuverhandlung von Schulden, das sogenannte Ley Moratoria. Allerdings begünstigt dieses Gesetz gerade einmal 10 000 SchuldnerInnen,

Aus den Protesten gegen die hohen Zinsen ist die Bewegung «Ich zahle nicht!» entstanden.

die an einem bestimmten Stichtag in Zahlungsverzug waren, mit tiefen Zinsen und einer längeren Rückzahlungsfrist. Eine Regelung, die der Wirtschaftsexperte Cirilio Otero für überfällig hält: «Die meisten dieser Leute haben doch bereits direkt mit ihren Instituten verhandelt.» Für ihn geht es in diesem Konflikt nicht um wirtschaftliche, sondern um politische Interessen. «Die Abgeordneten haben dafür gestimmt, weil sie sich bei den Schuldnern populärer

machen wollen», sagt Otero. Alle seien bereits auf Stimmenfang. In Nicaragua finden 2011 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt.

Zudem hat die Regierung von Daniel Ortega ein Interesse daran, sich in den Markt der Mikrokredite einzuklinken. Der Präsident, der auf eine weitere Amtszeit spekuliert, vergibt über seine private Bank Alba-Caruna, die mit Geldern aus Venezuela gefüttert wird, Kredite an 120 000 KundInnen aus ländlichen Regionen. Speziell günstige Kreditprogramme der Regierung für Frauen müssen laut Otero nicht unbedingt zurückbezahlt werden. Pikantes Detail: Das Angebot gilt nur für Mitglieder der sandinistischen Regierungspartei.

Schuss ins Knie

Die Entwicklungen in Nicaragua Mikrofinanzsektor beunruhigen aber nicht nur die einheimische Wirtschaft. Laut dem Internationalen Währungsfond (IWF) könnte das Ley Moratoria dem Finanzsystem des Landes beträchtlichen Schaden zufügen. Dass es eine kleine Interessengruppe schaffe, mit genügend Druck ein Gesetz für ihre private Angelegenheiten zu erzwingen, provoziert eine Kultur der Zahlungsverweigerung, sagt Luis Cubeddu, Vertreter des IWF für Nicaragua. Und dies schrecke wiederum ausländische Investoren ab.

Diese Befürchtungen haben sich inzwischen bestätigt. So reduzierten laut Peter Bischof in der Schweiz drei private Unternehmen ihre Fonds um zwanzig Prozent auf noch 85 Millionen US-Dollar. Und auch Lofund, ein weiterer internationaler Grossinvestor in diesem Sektor, hat in der nicaraguanischen Tageszeitung «La Prensa» für dieses Jahr den Rückzug von 70 Millionen US-Dollar angekündigt.

Dass sich der Staat immer mehr in das Mikrofinanzgeschäft einmischte, hat aber nicht nur negative Auswirkungen. Offenbar hat die Ortega-Regierung realisiert, dass dieser Sektor ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung ist. Ausserdem werden neuerdings alle ausgegebenen Kredite zur besseren Kontrolle zentral registriert. Was in den Augen von Bischof nun noch fehlt, ist ein Gesetz, das den Sektor allgemein reguliert.

Da die ausländischen Fonds für den Mikrofinanzsektor zurzeit schrumpfen, steigen die Zinsen weiter, was wiederum die KreditnehmerInnen spüren. «Momentan verlieren alle», sagt René Romero von Asomif. Das Ley Moratoria sei sozusagen ein Schuss ins Knie gewesen. «Die Konsequenzen trägt jetzt die grosse Mehrheit der guten Klienten, die sich mehr eines Kredites mit dem Verkauf von Tortillas über Wasser halten konnten.» ◊